

**DEPARTEMENT
FINANZEN UND RESSOURCEN**

EANHÖRUNG: IHRE STELLUNGNAHME

Dieses Dokument zeigt Ihnen Ihre notierten Angaben aus dem Online-Fragebogen. Es wird automatisch generiert.

Details

Name der eAnhörung	Steuergesetzrevision 'Nachvollzug Bundesrecht'; Steuergesetz; Änderung
PDF-Dokument generiert am	18.08.2023 08:15
Stellungnahme von:	Verband Steuerfachleute Aargauer Gemeinden

FRAGEBOGEN ZUR ANHÖRUNG

Steuergesetzrevision 'Nachvollzug Bundesrecht'; Steuergesetz; Änderung

Anhörungsdauer

Die Anhörung dauert vom 30. Mai 2023 bis 31. August 2023.

Inhalt

Die Vorlage Steuergesetzrevision 'Nachvollzug Bundesrecht' sieht Anpassungen des kantonalen Steuergesetzes aufgrund von Änderungen in Bundesgesetzen und neuen Gerichtsurteilen vor. Zudem erfolgen Bereinigungen. Weiter wird eine gesetzliche Grundlage für die bereits bestehende Praxis geschaffen, dass gewisse Nachsteuerverfahren von den Gemeindesteuerämtern durchgeführt werden. Und als letzter Punkt wird von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, dass die Leistungsabrechnungen von den Arbeitslosenkassen direkt an die Steuerbehörden übermittelt werden.

Die vollständigen Unterlagen zur Vorlage und zur Anhörung sind zu finden unter www.ag.ch/anhörungen.

Auskunftsperson

Bei inhaltlichen Fragen zur Anhörung können Sie sich an die folgende Stelle wenden:

KANTON AARGAU

Departement Finanzen und Ressourcen

Christoph Ammann

Leiter Geschäftsbereich Recht

Kantonales Steueramt

062 835 25 44

christoph.ammann@ag.ch

Angaben zu Ihrer Stellungnahme

Sie nehmen an dieser Anhörung im Namen einer Organisation teil.

Wenn Ihnen unten bereits Daten angezeigt werden, sind Ihre Angaben bereits hinterlegt. Sie können die Daten bei Bedarf überschreiben und so die Angaben korrigieren. Wichtig: Wenn Sie bspw. die E-Mail-Adresse ändern, wird fortan die neue von Ihnen notierte E-Mail-Adresse für den E-Mail-Versand für eine Anhörungseinladung verwendet!

Wenn Ihnen noch keine Angaben angezeigt werden, geben Sie bitte unten Ihre entsprechenden Kontaktdaten ein. Die notierten Angaben werden hinterlegt und Ihnen in weiteren Teilnahmen an eAnhörungen automatisch angezeigt.

Adressblock - Ihre Angaben

Name der Organisation	Verband Steuerfachleute Aargauer Gemeinden
E-Mail	tanja.ferra@menziken.ch

Zuständige Person bei inhaltlichen Rückfragen

Bitte notieren

Vorname	Tanja
Nachname	Ferra
E-Mail	tanja.ferra@menziken.ch

Fragen zur Anhörungsvorlage

Frage 1: Umsetzung Bundesgesetzgebung

Das für die Kantone verbindliche Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden (Steuerharmonisierungsgesetz; StHG) wurde in Teilen geändert oder revidiert. Dadurch werden Anpassungen im kantonalen Steuergesetz notwendig.

Siehe dazu Kapitel 3 des Anhörungsberichts.

Befürworten Sie den Nachvollzug des für die Kantone zwingend umzusetzenden Bundesgesetzes?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 1

Die StHG konforme Anpassung der Gesetzestexte reduziert mögliche Rechtsmittel infolge Auslegungsfehler durch differenzierte Interpretationsmöglichkeiten

Frage 2: Anpassung an neue Rechtsprechung

Es ergingen drei Urteile des Schweizerischen Bundesgerichts respektive des Spezialverwaltungsgerichts welche zu Anpassungen im kantonalen Steuergesetz führen.

Siehe dazu Kapitel 4 des Anhörungsberichts.

Befürworten Sie die Anpassungen des kantonalen Steuergesetzes aufgrund der neuen Rechtsprechung?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen

- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 2

§ 14 Abs. 2 b) StG: Die schweizweite Verlustverrechnung setzt ein entsprechendes Controlling des Kantons voraus, in welchem sich das Hauptdomizil befindet. Ohne dieses Controlling besteht Gefahr des Missbrauchs. Schwierigkeit besteht bei Domizilwechsel. Offene Fragen bleiben bei ausländischem Domizil. Ein eidgenössisches Register würde Schnittstellenprobleme lösen. StG § 31 Abs. 3 + StG § 40 Bei bestehenden Leibrentenverträgen und Verpfändungen und dauernden Lasten sollte in den Verordnung eine Übergangslösung verankert sein, damit auf Antrag die bisherige Regelung bleibt und Härtefälle gemildert werden könnten.

Frage 3: Bereinigungen; Aufhebung der Bestimmung betreffend Umrechnung von unter- oder überjährigen Geschäftsabschlüssen auf 12 Monate

§ 92 Abs. 2 steht im Zusammenhang mit dem bis Ende 2023 geltenden Zweistufentarif. Mit der Einführung eines Proportionaltarifs auf den 1. Januar 2024 (§ 75 Abs. 1) sind Verzerrungen bei der Satzbestimmung die sich aufgrund der progressiven Ausgestaltung des Tarifs ergaben nicht mehr möglich, so dass auch die Notwendigkeit der Umrechnung entfällt.

Siehe dazu Kapitel 5.1 des Anhörungsberichts.

Befürworten Sie die Bereinigung betreffend Umrechnung von unter- oder überjährigen Geschäftsabschlüssen auf 12 Monate?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 3

Frage 4: Bereinigungen; Zusätzlicher Abzug von Forschungs- und Entwicklungsaufwand

Zur besseren Verständlichkeit des Gesetzes wird der Wortlaut des kantonalen Steuergesetzes demjenigen von Art. 25a Abs. 1 des StHG angepasst. In materieller Hinsicht ergeben sich keine Änderungen durch die Korrektur.

Siehe dazu Kapitel 5.2 des Anhörungsberichts.

Befürworten Sie die Bereinigung betreffend zusätzlicher Abzug von Forschungs- und Entwicklungsaufwand?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 4

Mit der Anpassung werden Missverständnisse ausgeräumt.

Frage 5: Bereinigungen; Im Zusammenhang mit der Umsetzung der Quellensteuerreform

Im Rahmen der Umsetzung des Bundesgesetzes über die Revision der Quellenbesteuerung wurden mit Beschluss des Grossen Rats vom 19. November 2019 zahlreiche Paragraphen der aargauischen Quellensteuergesetzgebung geändert, aufgehoben oder neu eingefügt. In der Zwischenzeit hat sich noch weiterer Bereinigungsbedarf herausgestellt.

Siehe dazu Kapitel 5.3 des Anhörungsberichts.

Befürworten Sie die Bereinigungen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Quellensteuerreform per 1. Januar 2021?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen

- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 5

§ 115 Abs. 3 StG: Die Vereinheitlichung der Besteuerungstarife ist zu begrüßen. Im Anhörungsbericht nicht thematisiert wird, ob und in welchem Umfang in der vereinheitlichten Tarifen Abzüge wie Berufskosten, Versicherungsabzug, Kinderabzug etc. eingerechnet werden. Ohne solche Abzüge oder bei geringen Pauschalen wäre damit zu rechnen, dass wesentlich mehr Quellenbesteuerte in die ordentliche Steuerpflicht wechseln, was den Gemeinden einen Mehraufwand bescheren würde.

Frage 6: Bereinigungen; Präzisierung Bestimmung Amtsgeheimnis

Um ihre Aufgaben ordnungsgemäss erfüllen zu können, müssen mit der Willensvollstreckung oder Erbschaftsverwaltung betraute Personen jedoch das Recht haben, Einsicht in sämtliche Steuerakten des Erblassers oder der Erblasserin zu erhalten. § 170 Abs. 3 erweist sich somit als zu eng gefasst.

Siehe dazu Kapitel 5.4 des Anhörungsberichts.

Befürworten Sie die Präzisierung der Bestimmung betreffend Amtsgeheimnis?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 6

Wird die Einsicht zeitlich nicht beschränkt, besteht die Gefahr, dass die Steuerämter mit ausufernden Akteneinsichten beschäftigt werden. Gemäss § 188 Abs. 1 StG werden im Veranlagungs- und Einspracheverfahren keine Kosten erhoben und keine Parteientschädigungen ausgerichtet. Die Auskunftspflicht ist für die gesetzliche Aufbewahrungsfrist von 10 Jahren zu beschränken.

Frage 7: Bereinigungen; Gegenstand von Sicherstellungsverfügungen

Gegenstand von Sicherstellungsverfügungen nach § 232 bilden gemäss dem Wortlaut einzig Steuerforderungen. Sinn und Zweck der genannten Bestimmung gebieten es allerdings, dass auch für die anderen von den Bezugsorganen einzuziehenden Forderungen Sicherstellung verlangt werden darf.

Siehe dazu Kapitel 5.5 des Anhörungsberichts.

Befürworten Sie die Bereinigung betreffend Gegenstand von Sicherstellungsverfügungen?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 7

Frage 8: Weitere Anliegen; Delegation von Nachsteuerverfahren an die Gemeindesteuerämter

Im Jahr 2017 hat die kantonale Finanzkontrolle die Delegation von Nachsteuerverfahren an die Gemeinden gerügt, da sie nach ihrer Auffassung mangels einer ausdrücklichen Delegationsnorm im kantonalen Steuergesetz nicht mit der gesetzlich vorgesehenen Zuständigkeitsordnung vereinbar sei. Die über lange Jahre geübte Praxis der Aargauer Steuerbehörden hat sich jedoch bewährt.

Siehe dazu Kapitel 6.1 des Anhörungsberichts.

Befürworten Sie die Aufnahme einer Delegationsnorm betreffend Nachsteuerverfahren an die Gemeinden?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen

- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 8

Die gelebte Praxis wird mit der Gesetzesanpassung legitimiert. Zudem führt das neu zwingend vom Kanton zu führende Register dazu, dass Personen nicht von mehrfachen bussenfreien Selbstanzeigen profitieren können. Dieser Mehraufwand für Gemeinden und Kanton scheint gerechtfertigt. Es wird darauf hingewiesen, dass der Kanton mit dieser Gesetzesanpassung eine bisher dem Kanton zugewiesenen Arbeit zu einem wesentlichen Teil den Gemeinden überträgt.

Frage 9: Weitere Anliegen; Automatische Meldung von Arbeitslosenleistungen

Anlässlich der Teilrevision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG) vom 19. Juni 2021 wurde die gesetzliche Grundlage dafür geschaffen, dass die Bestätigungen der Arbeitslosenkassen über den Leistungsbezug direkt den kantonalen Steuerbehörden bekannt gegeben werden dürfen, sofern das kantonale Recht eine direkte Übermittlung der Leistungsabrechnung an diese vorsieht (Art. 97a Abs. 1 lit. c bis AVIG).

Siehe dazu Kapitel 6.2 des Anhörungsberichts.

Befürworten Sie die Schaffung der Grundlage zur direkten Übermittlung der Leistungsabrechnung gemäss Arbeitslosenversicherungsgesetz?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 9

Im Hinblick auf die angestrebte Digitalisierung ist dieser Weg zu begrüßen. Damit wird die ALV legitimiert den Steuerbehörden die Meldungen unaufgefordert über den elektronischen Weg zu senden, was zur Erweiterung des automatisierten Meldewesens beitragen kann. Dies wäre der erste Schritt in die Richtung der automatisierten Zustellung von Rentenbescheinigungen, Lohnausweisen etc., welcher zu einer qualitativ besseren Veranlagungsqualität führt.

Auf der nachfolgenden Seite erhalten Sie Gelegenheit, Schlussbemerkungen zur vorliegenden Anhörung zu notieren.

Bitte beachten Sie: Ihre Stellungnahme wird erst eingereicht, wenn Sie anschliessend auf den Button "Antworten abschicken" klicken! Vorher wird Ihre Stellungnahme nicht übermittelt.

Schlussbemerkungen